

Bericht des Vorstands 2016

Der Beginn der Zukunft

Überblick

2016 wandte sich der Verband zukunftsorientierten Themen zu. Neue, wichtige Impulse erhielten die Projekte zur Zertifizierung der Kundenberaterinnen und -berater sowie zu den Promotionsaktivitäten für den Finanzplatz Schweiz. Beide werden im laufenden Jahr weitergeführt. Der Vorstand hat zudem die Themen Digitalisierung und Fintech neu auf seine Agenda gesetzt. Der Verband will sich vor allem in die regulatorischen Belange einbringen.

Verändert hat sich auch das regulatorische Umfeld. Die Schweiz will ein in der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung führender Finanzplatz bleiben. Zahlreiche internationale und regionale Standards wurden daher in ihr Gesetzeswerk übernommen, etwa die neuesten Änderungen der Basel III-Vorschriften zu Kapital und Liquidität, die Vorschriften der FATF und des Global Forums zur Geldwäscherei, die verschiedenen Abkommen über einen automatischen Informationsaustausch, die neuen QI Anforderungen der USA oder die Vorgaben der EU-Richtlinien zur Regulierung des OTC-Handels und der Finanzinfrastrukturen. In naher Zukunft werden auch das Finanzdienstleistungs- und Finanzinstitutsgesetz sowie das Datenschutzgesetz in Kraft treten. Mit diesen Anpassungen verfügt die Schweiz über eine mit wichtigen Partnerländern äquivalente Regulierung. Der dadurch erstrebte Marktzugang konnte aber bisher weder mit EU-Staaten noch mit anderen Ländern verhandelt werden. Der Finanzplatz hat damit jedoch die Peer Reviews sowohl des Global Forum on Transparency and Exchange of Information als auch des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht bestanden.

Bewegung bei der Zertifizierung und der Promotionsplattform

Vor einigen Jahren sprachen sich die Auslandsbanken als erster Verband für die Zertifizierung der Kundenberaterinnen und -berater aus. Die internationale Entwicklung deutete schon damals in diese Richtung. Insbesondere die inlandsorientierten Banken blieben anfangs jedoch zurückhaltend. Im Berichtsjahr begannen nun einige grosse, international tätige Schweizer Banken, ihre Kundenberater, vorerst im internationalen Private Banking, auszubilden und nach dem ISO Standard zu zertifizieren. Damit war das Thema wieder lanciert. Der Verband untersuchte in der Folge, ob die Programme für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen seiner Mitgliedsbanken zugänglich sind. Er klärte ebenfalls ab, ob die Lehrgänge an die Ausbildungsanforderungen einer in eine globale Gruppenstruktur eingebundenen Bank anpassen werden können. Daher steht der Verband im Gespräch mit Anbietern, um ein für die Auslandsbanken passendes Angebot zu erarbeiten. Kurse und Zertifizierung sollen im laufenden Jahr angeboten werden. In den kommenden Monaten wird sich der Verband auch im Hinblick auf die internationale Anerkennung der Zertifikate einbringen. Dies ist im Interesse aller grenzüberschreitend aktiven Banken.

Fortschritte wurden im Bereich der Promotion des Finanzplatzes Schweiz erzielt. Das Eidg. Finanzdepartement hat das Thema nun forciert. Unter der Federführung des Staatssekretariats für Internationale Finanzfragen SIF erarbeiteten Banken und andere Finanzplatzvertreter ein Promotions-Projekt. Im laufenden Jahr werden sie die

Vorgaben konkretisieren. Die Kernaktivität wird eine Serie von Veranstaltungen in bedeutenden Ländern und Finanzplätzen bilden, begleitet von Informationskampagnen zum Finanzplatz Schweiz.

Im Zentrum des Interesses: Automatisierung und Digitalisierung

Im letzten Jahr führte die Annäherung zwischen Fintech und Banken zur intensiven Diskussion über mögliche Modernisierungsprojekte. Der Verband will im laufenden Jahr seinen Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich einen Überblick über das für sie relevante Fintech-Angebot zu verschaffen, Erfahrungen auszutauschen und Sourcing Partner zu finden. Schwergewichtig will er sich aber in die Diskussion um die zukünftigen Rahmenbedingungen einbringen. Er unterstützt die vom Bundesrat vorgegebene politische Stossrichtung einer spezifischen, der Entwicklung von Fintechs förderlichen Regulierung. Die Zukunft liegt in der Kooperation von Fintech und Banken. Eintrittsbarrieren für Fintechs sind weder im Interesse des Bankensektors noch in jenem der Volkswirtschaft als Ganzes.

Fintech und Digitalisierung fordern Aufsichtsrecht und Politik. Die FINMA hat mit ihrem -Rundschreiben zur Video- und Online- Identifizierung den Einsatz neuer Technologien in den KYC-Prozess erleichtert. Weitere Rundschreiben – etwa der Entwurf zur Revision des Outsourcing-Rundschreibens – hat sie bewusst technologieneutral ausgestaltet. Der Bundesrat hat schon im Berichtsjahr erleichterte regulatorische und gesetzliche Anforderungen für Fintechs in Aussicht gestellt. Im Januar des laufenden Jahres veröffentlichte er den Gesetzesentwurf zur Vernehmlassung. Die Erleichterungen für Fintechs geben einem weiten Kreis von interessierten Anbietern verschiedener Dienstleistungen und Prozesse eine Entwicklungsmöglichkeit. Damit setzt die Schweiz eine Alternative zu den aus Grossbritannien bekannten „Sandkasten-Projekten“: Diese reduzieren das Angebot neuer Lösungen auf eine beschränkte Anzahl Firmen für eine limitierte Zeitspanne unter erleichterten regulatorischen Bedingungen. Ein Vergleich mit ausländischen Regulierungen zeigt, dass der Schweizer Finanzplatz mit seinem Ansatz sehr wohl mit den grösseren internationalen Fintech-Plätzen auf Augenhöhe operiert.

Ernüchterung: Zunehmend geschlossene Dienstleistungsmärkte

Die Dynamik der Diskussionen um die Modernisierung des Finanzsektors durch die neuen technologischen Möglichkeiten kontrastiert mit dem Stillstand beim Thema „Marktzutritt“. Dieser, insbesondere zur EU, bleibt für viele Auslandsbanken das wichtigste politische Anliegen. Inhaltlich ist das Schweizer Gesetzeswerk jenem der EU-Länder gleichwertig. Trotzdem ist eine erleichterte grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung nicht in Sicht. Denn die Anerkennung der Äquivalenz des regulatorischen Rahmens ist ein politischer Entscheid der EU-Kommission und nicht das Resultat eines klar definierten Prozesses. Die EU-Kommission hat nach dem Schweizer Volksentscheid zur Masseneinwanderung das „Dossier Schweiz“ zurückgestellt. Auch im laufenden Jahr ist keine Lösung zu erwarten. „Brexit“ und eine Einigung zum ebenfalls noch hängigen Dossier über die Einbindung der Schweiz in einen institutionellen Rahmen haben die Komplexität einer Lösungsfindung zusätzlich erhöht.

Nach Ansicht der Auslandsbanken könnte die Schweiz mit der EU oder einzelnen EU-Ländern über einen beschränkten Marktzutritt zum Segment der sog. sophistizierten Kundinnen und Kunden – Personen mit ausreichend Erfahrung und Vermögen – verhandeln. Sie würde damit eine Teilreziprozität einfordern, denn Finanzdienstleistungsanbieter aus der EU haben praktisch unbeschränkt Zugang zum Schweizer Markt. Allerdings müssen die Gespräche wieder aufgenommen werden, bevor der Vorschlag weiterverfolgt werden kann.

Auch die Abkommen über einen automatischen Informationsaustausch hätten ursprünglich mit dem Thema

„Marktzugang“ verknüpft werden sollen. Informationsaustausch macht nur Sinn, wenn grenzüberschreitende Bankaktivitäten zulässig sind. Doch das ökonomisch Plausible ist politisch nicht zwingend. Die Partnerländer sind an einer Marktöffnung nicht interessiert. Ausser einigen unverbindlichen Interessensbekundungen konnten keine Ergebnisse erzielt werden.

Die abgeschlossenen und bisher unterzeichneten Abkommen zum Informationsaustausch haben dazu beigetragen, dass die Schweiz das Länderexamen des Global Forums bestand. Allerdings steht die Schweiz weiterhin unter Beobachtung. Die anstehenden Folgeprüfungen sind kein Selbstläufer. Anpassungen in ihrem Geldwäschedispositiv, insbesondere auch in der Amtshilfe, werden notwendig sein. Die Zahl der Abkommen über einen Informationsaustausch ist ein anderer Faktor, welcher in die zukünftige Evaluation einfließen wird.

Umstrukturierung : Ein internationales Phänomen

Im Jahr 2016 setzte sich auch die Umstrukturierung des Bankensektors fort. Die Anzahl aktiver Auslandsbanken in der Schweiz ging im vergangenen Jahr um weitere fünf Institute zurück. Ende 2016 waren noch 107 Banken mit ausländischem Hauptaktionär in der Schweiz tätig; in Gegensatz zu 148 im Jahre 2011. Die grossen internationalen Banken bleiben der Schweiz treu. 20 der 28 Nicht-Schweizer Institute, welche vom Financial Stability Board (FSB) im 2016 als global systemrelevant bezeichnet wurden, sind noch heute in der Schweiz vertreten. Drei Banken (Standard Chartered Bank, Royal Bank of Scotland, Bank of China) zogen sich in den vergangenen Jahren vollständig aus der Schweiz zurück. Nur fünf Banken sind in der Schweiz (noch) nicht vertreten, nachdem mit der China Construction Bank ein Institut kürzlich ihre Aktivität in der Schweiz aufnahm. Es waren also insbesondere die vom FSB als regional oder inländisch systemrelevant angesehenen Banken, die in der Vergangenheit ihre internationalen Aktivitäten, auch jene in der Schweiz, drastisch reduzierten.

Die Konsolidierung der Branche trifft den gesamten Bankensektor. In der Schweiz waren 2011 312 Institute aktiv; im Jahre 2016 nur noch 260. In der EU wurden Ende 2011 insgesamt 8061 Kreditinstitute gezählt; im November 2016 betrug die Anzahl noch 6597. Ein entsprechender Rückgang ist in allen Mitgliedsländern zu beobachten.

Betroffen sind auch die Auslandsbanken in der EU. Gemäss Informationen des Verbands der Auslandbanken in Deutschland ging die Zahl ausländischer Institute in unserem nördlichen Nachbarland von 206 Banken im Jahre 2011 auf 186 Institute im Jahre 2015 zurück. In der Euro-Zone sank die Anzahl von Auslandsbanken aus Euro-Mitgliedsländern zwischen 2011 und 2015 von 326 auf 245; die Anzahl von Auslandsbanken von Gruppen, welche nicht in der Euro-Zone ihren Hauptsitz haben, ging im gleichen Zeitraum von 185 auf 178 zurück.

Modernisierung und Kontinuität: Internas des Verbands

Die Verbandsarbeit zeichnet sich durch Kontinuität aus. Die vor einigen Jahren eingeführten CEO-Lunchs stossen auf grossen Anklang und erlauben einen Gedankenaustausch unter den Auslandsbanken. An den jährlichen Treffen mit Vertretern der Schweizerischen Nationalbank sowie Mitgliedern der FINMA-Kommission und der Geschäftsleitung wurde die Situation der Auslandsbanken, aber auch Fintech intensiv diskutiert. Erneut fand das im Vorjahr initiierte Gespräch mit dem Leiter des SIF statt, diesmal mit Staatssekretär Jörg Gasser. Das Treffen mit dem Vorstand und der Geschäftsleitung der SIX Group wurde nach dem Rücktritt deren Verwaltungsratspräsidenten vertagt.

Der Vorstand hat beschlossen, die bestehende Datenbank und die Website zu ersetzen. Das jetzige, zehnjährige System ist technisch überholt. Die Meldungen unserer Mitgliedsbanken über Inkompatibilität mit ihren Banksystemen haben zugenommen. Die notwendigen Anpassungen wären teurer als die Installation eines neuen

Systems. Das Projekt sollte Ende des laufenden Jahres beendet sein.

Des Weiteren hat die Geschäftsstelle wiederum gegen fünfzig Veranstaltungen zu regulatorischen Themen organisiert und regelmässige Informationsschriften zu regulatorischen Fragen publiziert. Zudem hat der Verband neue Diskussionsgruppen ins Leben gerufen: Gruppen zu den Themen Retail Banking, Trade Finance und Kapitalmarktbanken treffen sich regelmässig zur Diskussion aktueller Themen. Das Ostschweizer Treffen, die Veranstaltungen in Lugano und eine regelmässig tagende FATCA/CRS-Umsetzungsgruppe in Genf geben den dortigen Instituten die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch.

Veränderungen ergaben sich in der Vertretung der Auslandsbanken in den Kommissionen und den Steuerungsausschüssen der Schweiz. Bankiervereinigung. Nach dem Ausscheiden von Stefano Coduri, ehem. CEO, BSI SA, und kurze Zeit später seines Nachfolgers Marco Bizzozero, ehem. CEO, Deutsche Bank (Schweiz) AG, aus dem Steuerungsausschuss Private Banking, nominierte der Vorstand seinen Vize-Präsidenten Heinrich Henckel als neuen Vertreter. Im Steuerungsausschuss Asset Management nominierte der Vorstand Andreas Markwalder, CEO, Schroder Investment Management (Switzerland) AG; anstelle des bisherigen Vertreter, Stephen J. Mills, ehem. CEO desselbigen Instituts.

Auch in den Kommissionen ist es zu einer Änderung gekommen. René Schwab, Head Legal, Goldman Sachs Bank AG, nimmt für unseren Verband in der Kommission für Recht und Compliance Einsitz. Er ersetzt Simon Trippel, General Counsel, Coutts & Co. AG.

Änderungen waren auch im Vorstand unseres Verbands zu verzeichnen. Stefano Coduri und Marco Bizzozero sind aus dem Vorstand ausgeschieden, nachdem sie ihre Banken verlassen haben. Als neuer Vizepräsident bzw. Vizepräsidentin wählte der Vorstand Heinrich Henckel, CEO, LGT Bank (Schweiz) AG und Kristine Braden, CCO (Citi Country Officer), Citibank NA Swiss Branches. Heinrich Henckel wurde an der letztjährigen Generalversammlung der Schweiz. Bankiervereinigung zum Mitglied des Verwaltungsrates gewählt. An der diesjährigen Generalversammlung der Schweiz. Bankiervereinigung wird Kristine Braden als Mitglied dem Verwaltungsrat zur Wahl vorgeschlagen. Peter Hinder, CEO, Deutsche Bank (Schweiz) AG, wurde vom Vorstand als neues Mitglied nominiert und wird der Generalversammlung unseres Verbands zur Wahl vorgeschlagen.

Eine Änderung ist auch beim Team unserer Prüfer zu verzeichnen: Anstelle von Anastassiya Mächler, welche aus ihrer Bank ausschied, nominierte der Vorstand Frau Natalie Recknagel, Investec Bank (Switzerland) AG.

An dieser Stelle danken wir allen, die unsere Arbeit unterstützen und sich für die Anliegen der Auslandsbanken und des Verbandes einsetzen für Ihre Mitarbeit und Engagement.

Zürich, März 2017